

Sächsische Zeitung

1911. Nr. 94.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Redaktions- und Druckerei-Gesellschaft in Halle a. S., Leipzigerstr. 158, Reichstags-Telephon 1272.

Zweite Ausgabe

Verlagsgesellschaft in Berlin: Bernburgerstr. 30, Telephon Amt VI Nr. 16 290.

Verlagsgesellschaft in Halle a. S.: Leipzigerstr. 87, Hinterhaus, Eing. Nr. 15, Leipzigerstr. 158, Reichstags-Telephon 1272.

Freitag, 24. Februar 1911.

Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

*** Eine preussische Staatsrentur.** In der Sitzung der Budgetkommission am letzten Montag ist angeregt worden, zur Lösung des starren der Staatsrenten eine Staatsrentur aufzumachen, um dadurch die Liquidität der Staatsrenten zu beseitigen. Dieser Antrag kann den Ansehens erwecken, als ob der wenig erfreuliche Zustand der preussischen Renten darauf zurückzuführen wäre, daß in der Vergangenheit irgend welche Zweifel an einer ausreichenden Fundierung der preussischen Staatsrenten bestanden. Doch solche Zweifel im Inland oder Ausland wirklich vorhanden wären, kann man aber berechtigterweise nicht annehmen. Denn es ist doch eine überall bekannte Tatsache, daß allein die Eisenbahn eine mehr wie ausreichende Deckung der Staatsrenten bilden. Am 1. Januar 1910 belief sich das Anlagekapital der preussischen Staatsbahnen auf 10,5 Milliarden Mark, während sich zu dem gleichen Zeitpunkt die gesamten Staatsrenten auf 9,4 Milliarden belaufen. Mitin überstieg das Anlagekapital des Staats noch um 1,1 Milliarden. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß nach einer im vorigen Jahre angestellten Berechnung des Wertes der preussischen Domänen in dieser Staatsrentur auf rund 508 Millionen Mark belief, wobei nur die geschätzten Domänenwerte berücksichtigt wurden. Für den weiteren Wert des Staates an Forsten, Bergwerken usw. liegen zwar neuere Berechnungen nicht vor, aber allein die oben angegebenen Zahlen beweisen, daß die preussische Staatsrentur in einer Weise fundiert ist, die jeden Zweifel an der Sicherheit der Staatsrentur ausschließt.

*** In der Sitzung des Bundesrats am 23. cr.** wurde die Vorlage betreffend die Prägung von 3 Millionen Mark in Kupfermünzen sowie der Entwurf einer zweiten Ergänzung des Besoldungsgesetzes den zuständigen Ausschüssen übergeben. Die Vorlage betreffend den am 13. November 1909 in Bern unterzeichneten Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz wurde angenommen.

*** Die Budgetkommission des Reichstags** erörterte am Donnerstag den Verkauf des Tempelhofer Feldes. Von den Nationalliberalen wurde folgende Resolution eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbundenen Regierungen zu erwidern, dem Reichstage baldigst einen Gehörtsbericht über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches und über den Rechnungshof vorzulegen.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein konservativer Antrag, der dahin ging, daß der Verkauf des Tempelhofer Feldes rechtzeitig zustande gekommen und als öffentlich und rechtlich bindend anzusehen sei, wurde von den Konservativen zurückgewiesen, doch stellte die Kommission gegen die Stimmen der Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Wogen fest, daß die Reichsregierung beim Verkauf von Teilen des Tempelhofer Feldes an die Gemeinde Tempelhof ihre Kompetenzen nicht überschreiten haben.

*** Es. Maj. der Kaiser** konferierte am Donnerstag früh im Auswärtigen Amt mit dem Staatssekretär des Auswärtigen v. Riberen, v. Aechter und nahm dann einen Vortrag des Reichsstatlers v. Bethmann-Hollweg entgegen. Im Ministerrat schloß der Kaiser die Vorträge des Chefs des Generalstabes der Armee und des Chefs des Militärkabinetts.

*** Zur Kaiserreise nach London.** Wie ein Londoner Blatt meldet, ist der Obergerichtsminister damit beschäftigt, das Programm für die Enthüllung des Denkmals der Königin Victoria am 16. Mai aufzustellen. Bei der Feier, die mit allem Pomp vor sich gehen wird, werden zugegen sein der König, die Königin von England und alle Mitglieder der kaiserlichen Familie, der deutsche Kaiser und die Kaiserin, Vertreter fremder Höfe sowie das gesamte diplomatische Korps. Aufstand wird voraussichtlich durch den Großfürsten Michael Alexandrowitsch vertreten sein.

*** Die Ankunft des Kaisers** in Wilhelmshafen erfolgt am Sonntag, den 5. März. In diesem Tage wird auch die Abreise der Marinekretze stattfinden. Der Kaiser wird sich zum 7. März in Wilhelmshafen aufhalten.

*** Das Kronprinzenpaar.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Der Kronprinz wird sich nach der Rückkehr von Indien einige Zeit in Gattin aufhalten, um einen zu schroffen Klimawechsel zu vermeiden. An den Aufenthalt in Gattin schließt sich voraussichtlich ein Besuch des Kronprinzenpaares beim Kaiserpaar auf Korfu. Im Laufe des Monats April wird das Kronprinzenpaar einen offiziellen Besuch in Rom abhalten, um den König und die Königin von Italien die Glückwünsche des deutschen Kaiserpaars zur italienischen Nationalfeier darzubringen. Sodann besagt eine Meldung aus Rom, 23. Februar: Eine kaiserliche Delegation des Kronprinzen ist nach Rom abgereist. Vor der Abfahrt überreichte er dem Königin, die ihn bis zur Station begleitete, ein Bild des Kaisers, den Mitgliedern des Stabes des kaiserlichen Hofes und den ersten Beamten des kaiserlichen Hofes Medaillen. Der

Kronprinz gab wiederholt seinem Behauern darüber Ausdruck, daß er abtreten wolle. Der kaiserliche überreichte seiner kaiserlichen Hofphotographen in folsbaren Akten.

*** Der „Anruf an mein Volk“.** Nach einem gestern gefassten Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung zu Breslau wird das hundertjährige Jubiläum der Freiheitskriege im Jahre 1913 in Breslau in Erinnerung an den dort erlassenen „Anruf an mein Volk“ durch eine große, festliche Veranstaltung begangen werden. In erster Linie wird eine große Ausstellung stattfinden, die die Freiheitskriege im Rahmen der Kultur und der Kunst ihrer Zeit vorführen soll. Zu diesem Zweck wird eine ständige massive Ausstellung, und Bestände mit einem Aufwand von etwa zwei Millionen Mark errichtet werden.

*** „Der heilige Bureaunkratismus in preussischen Rechnungswesen“.** In einem: „Der heilige Bureaunkratismus in preussischen Rechnungswesen“ überprüften Artikel der „Sächsischen Zeitung“ wird mit Beziehung auf einen — bis auf Ort und Zeit näher bezeichneten — Vorfalle der staatlichen Kostenverwaltung der Vorwurf gemacht, sie verhalte sich gegen alle Neuerungen und Reformen insbesondere die modernen Zahlungswege, wie den Postkontenbuchung, Reichsbank giro- und Postcheckverkehr nicht zu kennen. Wie hierzu der „Nord. Allg. Ztg.“ von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind nicht nur künftige staatliche Haupt- und alle am Tage einer Reichsbankreform befindlichen Spezialstellen, sondern auch die sonstigen Unterklassen, bei denen dies erforderlich erschien, schon seit einer Reihe von Jahren an den Reichsbank giroverkehr angegliedert. Außerdem ist der verfassungsmäßige Anschlag an den Postkontenbuchung und Scheckverkehr für alle Regierungsbehörden und Kreisämter sowie alle sonstigen staatlichen Stellen der Rheinprovinz, bei denen ein Bedürfnis hierzu besteht, entweder bereits erfolgt, oder in die Wege geleitet. Für alle staatlichen Stellen besteht zudem die Vorschrift, daß Zahlungen an Empfangsberechtigten, die kein Reichsbank girokonto oder Postcheckkonto haben und nicht am Tage einer Regierungsveränderung oder einer Spezialklasse derselben wohnen, unverzüglich mittels Postkontenbuchung ohne besondere Duntzung zu leisten sind. Wenn daher der von der „Sächsischen Zeitung“ erwähnte Vorfalle sich tatsächlich in der von ihr geschilderten Weise abgehandelt haben sollte, so läge dies nicht an einem Mangel in den staatlichen Einrichtungen, sondern an einer bedauerlichen Nichtbeachtung geltender Bestimmungen im Einzel Falle.

Preussischer Landtag.

Oberhaus.

5. Plenarsitzung vom 23. Februar.

Am Ministertische: v. Schöb.

Nach dem Bericht der Materialkommission zählt das Haus jetzt 339 Mitglieder.

Die Berichte über die Landesgesetzte und die unter der Regierung und Landesverwaltung stehenden Staatswerke werden zur Kenntnis genommen.

Zur debattierten Annahme gelangten die Gesetzentwürfe: „Abänderung der Landgemeindeordnung für Hannover“, „Berlegung der Landesregierung nach Baden“, die Abänderung (Eingetragenen) und von Minister am 23. cr. eingeleitet.

Eine Resolution betr. Erhaltung der Wohnungen bei Logen und eine betr. Unterbrechung der auf Sonderabteil gerichteten Bestrebungen der Beamten- und Lehrervereine, wurden der Regierung als Material überwiesen. Ueber eine dritte Resolution, welche billige Verpflegung der Sachverständigen mit Kostföhlen verlangt, wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Es ist in nächster Zeit zu erwarten, der Eingang der Gesetzentwürfe: „Gewerbliches und landliches Fortbildungsgesetz“, und „Zweckgesetz“. Auf Antrag des Herrn v. Zucius wurde für das „Fortbildungsgesetz“ eine Kommission von 15 Mitgliedern eingesetzt, das Geset. Landliches Fortbildungsgesetz“ wird der Agrarkommission überwiesen. Für die Zweckgesetzte wurde eine Kommission von 25 Mitgliedern gewählt.

Die nächste Sitzung soll Ende März stattfinden.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 23. Februar, 10 Uhr.

Am Ministertische: v. Wrethenbach.

Ein Antrag auf vorläufige Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. v. Sittler (Kole) wird angenommen.

Die Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Waldstein als Zeuge in einer Privatklage wird gemäß dem Kommissionsantrag erteilt.

Eisenbahnen.

Die Beratung über Besoldungsfragen wird fortgesetzt. Abg. Ziehe (Hr.): Auf seineris Ausführungen noch näher einzugehen, muß, namentlich nach der Ministerrede, zweifelsfrei erscheinen. Meine Aufgabe ist vielmehr, verständlich zu wirken, und ich spreche vorwiegend an den Fragen der Eisenbahnarbeiter und -arbeiter, denen wir alle wünschen, daß sie sich ohne Not ebenfalls erwidern und erhalten können. Mit Dank begreifen wir die Erklärung des Ministers zur Lohnfrage; jetzt ist doch, daß die Verwaltung den Wünschen und Bedürfnissen ihrer Angestellten auch ohne besondere Anregung entgegenkommt. Auch die Errichtung und der Ausbau der Arbeiterwohlfahrtsvereine

findet unseren Beifall; geht hier doch Preußen in Deutschland und in der ganzen Welt voran. Der Fonds zur Unterstützung der Arbeiter und ihrer Angehörigen ist abermals mit 200 000 Mk. gesteigert worden. Weitere Aufstellungen dürfen wir nicht zurechnen erwarten. Besonderen Wert legen wir auf die Möglichkeit, die Arbeiter zum Beamtenverhältnis aufsteigen zu lassen und, wenn das Ziel der Verwaltung sich in dieser Richtung bewegt. Jedemfalls ist die Lage der Eisenbahnarbeiter erheblich besser als die anderer Arbeiter. In einzelnen Orten mögen die Löhne hinter den ortsüblichen zurückbleiben, aber das sind nur seltene Ausnahmen. Erwünscht erscheint meinen Freunden die, die Eisenbahnarbeiter nach Möglichkeit festhalten zu machen. Es sollen ausreichende Wohnungen zu möglichem Mietpreis erhalten können. Die sonst noch vorgetragenen Wünsche möge der Minister wohlwollend prüfen. Jedemfalls werden die freundlichen Äußerungen des Ministers das Verhältnis zwischen Verwaltung und Arbeiterchaft weiter festigen. (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Gert-Rohdamm (rechts): Der in Aussicht stehende Schlußantrag wird leider meinen Freunden nicht als Ausfertigung anzukennen der Unteroffizierien verbunden. Den Besuch von Beamten- und Arbeiterversammlungen sollte man nicht verüben; wir lernen dort und gehen klüger fort als wir kommen. Im Gegenteil, die höheren Beamten; sollten auch hingehen. Die Entscheidung müssen so gehalten sein, daß die Beamten am Erwerbseinkommen nicht teilzunehmen brauchen. Die bevorstehende Konferenz zum Affordienem findet auch unseren Beifall. Auf die badige Ausführung der Pensionisten aber legen die Arbeiter den höchsten Wert. Bei den Arbeiterausschüssen entscheidet die Art der Wirtschaft. Mitglieder der Ausschüsse sollten wegen dieser ihrer Tätigkeit überhaupt nicht entlassen werden. (Beif. Beif. Beif. Beif.)

Abg. Hund (rechts): Wir tragen nicht Wünsche kritisch vor, sondern wirken mäßigend und mildernd. Die unzufriedene Zwischenkunft der Abgeordneten muß bestehen bleiben.

Abg. Giesbers (Hr.): Herrn Ziehe fehlen alle praktischen Kenntnisse des Eisenbahnwesens. Wenn der Minister unsere Wünsche erfüllt und wir danken dafür, beachtet sich Herr Ziehe nicht zu erregen. Die kommenden Arbeitsstunden sollen auch den Eisenbahnarbeitern irgendwie dienlich gemacht werden.

Minister v. Breitenbach: Der Streit der großen Berufsvereinigungen sollte im Interesse der Eisenbahner beigelegt werden. Wenn Herr Ziehe seinen schweren Besoldungsfragen gegen einen einzelnen Beamten ausprobiert, so mag er den Namen nennen und ich werde einschreiten. Ohne diese Namensnennung wäre ein Vorgehen von meiner Seite eine Beleidigung gegen die Beamten. (Beif. Beifall.) Ein Ausnahmefall wegen seiner Tätigkeit im Ausnahmefall zu entlassen, fällt aus gar nicht ein.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (rechts): Die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen für das Lokomotivpersonal sollte nicht weiter verzögert werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag auf Gleichstellung der Eisenbahnaffizienten in Preußen und im Reich gelangt einstimmig zur Annahme.

Beim Titel Pensionen und Wohlfahrtsvereinigungen empfiehlt Abg. Imbusch (Hr.) den Unfallversicherungen das Krankengeld vom ersten Tage an zu gewähren.

Abg. Heise (rechts): Pensionen und Wohlfahrtsvereinigungen sollten im Etat getrennt erscheinen.

Abg. Meyer-Zühl (Hr.): Wir begrüßen, daß der Minister durchgehend hat, daß die höchsten Beamten in Kraft treten sollen. Die Eisenbahnarbeiter beschließen sich in ihrem Organ eines durchaus angemessenen Zones. Die Hoffnung auf Ueberwindung der Sozialdemokratie muß sich doch vorwiegend an das Verhalten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. (Beif. Beif.)

Beim Titel Antrag wird angenommen.

Beim Titel Unterhaltung und Ergänzung von Fahrzeugen und maschinellen Einrichtungen liegen vor eine Petition um Beschaffung der Heizpumpenmotoren und Einführung von Lokdampfmotoren, sowie Petitionen um Bestellung von Wagen mit 13 bis 15 Quadratmeter Kabelfläche für kleinere Verkehrsporte und Gefäß der Stellung einer Ersatzfährigkeit von jährlich 10 000 Mk. seitens Wiesbadens an die Eisenbahnverwaltung.

Abg. Dr. Oberhoff (rechts): Erwünscht wäre die Vermehrung und bessere Ausstattung der Triebwagen.

Minister v. Breitenbach: Dem wird entprochen werden.

Abg. Schmidt (Hr.): Zu befragen ist der Nachzug des Verbrauchs von Substanzstoffe.

Die erste Petition wird durch Tagesordnung erledigt, die übrigen werden als Material überwiesen.

Beim Titel Anteil Heffen an den Ertragssteuern der preussisch-belgischen Eisenbahngemeinschaft betont

Abg. v. Rappenburg (Hr.): Die preussisch-belgische Eisenbahngemeinschaft hat für Heffen erhöhten Gemeinnutzen und gegen früher vorzuziehliche Verbesserungen in der belgischen Bahnen erzielt. Im Ausbau der belgischen Bahnen sind aus dem gemeinsamen belgische Wünsche den preussischen vorgegangen. Gleichwohl sind im belgischen Landtage so viele Anträge gegen Heffen erhoben, daß man nur sagen kann: Unlust ist der Welt. Heffen haben die Bemühungen der belgischen Regierung, Unterstützung zu Heffen, nicht bezeugt. Wir zeigen stets bundesfreundliches Entgegenkommen und haben es erst bei der Güterbahngemeinschaft wieder bewiesen. Das sollte gerade in Heffen anerkannt werden. (Beifall.)

Minister v. Breitenbach: Soweit die Angriffe auf Preußen in der Form zu weit gingen, haben sie die angewandten Minister sofort gefast. Aber auch dadurch werden die Vorteile nicht sich zumulmen. Im Reichen der Eisenbahngemeinschaft haben sich auch die belgischen Bahnen durchaus günstig entwickelt. Der Vorteil an der Gemeinschaft wird durchaus auf Seiten Heffen. (Beifall.)

Es folgt das Extraordinarium.

Abg. Wilmann (Hr.): Folgendes stonwendig erscheint die Verleihung der Reichsorden an den Kaiserlichen Hof.

Abg. Wilmann (Hr.): Erreicht ist die Verleihung des Stadt Riegeln im Etat.

Abg. **Kraushof** (fortf.): Der geplante Bremerer Bahn-
hofsbauplan sollte eine anderweitige Regelung finden.
Abg. **Reine** (nl.): Der Bahnhof Göttingen zeigt recht miß-
liche Beschaffenheit.
Abg. **Drey** (nl.): Für den Quansungsbahn zum neuen Bahn-
hof Garbsho sollte der Staat eine Beihilfe gewähren.
Abg. **Riebermann** (konf.): Der Bahnhof Osnabrück bedarf
des Ausbaues.
Abg. v. **Wahlendorff** (konf.): Die Eingabe der Stadt Wolfen-
büttel bezüglich ihrer, auch im Interesse des Verkehrs
zwischen Hildes- und Springen. In der Verwendung feststehender
Eingänge sollte ein schnellerer Tempo eingeschlagen
werden.
Nach einigen ähnlichen Veden ist die zweite Lesung des
Eisenbahnbudgets beendet.
Freitag: Direkte Steuern.
Schluß 9 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

133. Sitzung vom 23. Februar, 1 Uhr.

Im Vorkameralzimmer: v. Gerdingen.
Auf der Tagesordnung steht der
Militäretat
in Verbindung mit der
Vereinsvorlage

(losgel. Lohnausnahmsvorlage). In Verbindung stehen ferner
einige Modifikationen der Budgetkommission um schnellere Er-
teilung der Bekleidungszulage, Verlesen des Militäretats u. a.
Abg. **Eberl** (fortf.): Die Vorlage ist notwendig, um die Schlag-
festigkeit der Arme aufrechtzuerhalten. Selbst die Sozialdemo-
kraten haben das anerkannt. Ich weiß nicht, ob mit dieser
Wandlung der Anschauungen vielleicht der nähere Anlauf zu
die hintergeleitete Anle eingehandelt wird. (Seitwärts rechts und im
Zentrum.) Schenfalls hat ein sozialdemokratisches Kommissions-
mitglied erklärt, die deutsche Sozialdemokratie werde selbstver-
ständlich im Falle einer ernsthaften Gefahr für Deutschland, zum
Beispiel eines Angriffsregimes von Seiten Russlands, mit aller
Straf für das Vaterland eintreten. (Hört! hört!) Aber die Kon-
sequenz ist dann auch, daß das Vaterland sich im Frieden in die
Lage gesetzt wird, einen Krieg überhaupt führen zu können, also
die Bemittlung des Militäretats und der Vereinsvorlagen. Die
vertraulichen Erklärungen in der Kommission über die aus-
wärtige Lage und die Formationen anderer Staaten haben uns
überzeugt, daß wir auf alle Fälle gerüstet sein müssen. Auch wir
wünschen eine Verbilligung auch dem Gebiete der Ämtungen.
Sie müssen endlich Platz und Ziel bekommen. Aber die Nation,
die als eine Kriegerin in diesem Sinne erziehen würde, würde
sich ein unvergängliches, kulturelles Verbleiben erwerben. Die
Finanzlage des Deutschen Reiches ist zwar nicht glänzend, wir
werden aber unter normalen Verhältnissen die Deckung für die
uns gemachte Militärvorlage beschaffen können. Meine Freunde
werden, wie ich mit wenigen Ausnahmen, dem Vorkameralzimmer
zukommen.

Abg. **Städten** (Konf.): Wir lehnen die Vorlage ab, weil wir
in dem Militarismus eine kulturfeindliche Einrichtung sehen.
Nach den Ausführungen des Vorkameralzimmers ist es auch im
Zentrum scharf gegen den heiligen Geist des Militarismus. Es
muss eine Volkswirtschaft geschaffen werden, deren Aufgaben es sein
würde, ehemalige Arme in anderen Staaten abzugeben. Auch
lieben das Land, in dem wir wohnen und groß geworden sind.
Von jener Vaterlandsliebe, die sich in Dividenden umrechnen
läßt, wollen wir aber nichts wissen. Statt die Abrüstungsfrage
ernstlich zu erörtern, bringt man eine neue, den Frieden ge-
fährdende Vorlage. Das Parlament muss diese Vorlage be-
achten. Die Beschlüsse des Reichstages sind nicht bindend,
die Wählkreise sind nicht bindend.
Abg. **Hofmann** (nl.): Wir stimmen den Resolutionen zu.
Doch lassen die Ämtungen scharf auf dem Boden, aber sie sind im
Interesse des Friedens notwendig. Ein Militärgeheimnis würde
schwieriger werden. Die deutsche Reichswirtschaft muss von
militärischer Beweismittel befreit werden. Wir haben in vierzig Friedens-
jahren bewiesen, daß Heer und Flotte Instrumente des Friedens
sind. Trotzdem muß unser Heer in vollem Maße schlagfertig
erhalten werden. Die neuen Maschinenwaffen tun unserer
Heere nicht weh. Den verlässlichen Offizieren darf man nicht
die Kritik benehmen. Das Parlament muss diese Vorlage be-
achten. Für alle Eventualitäten müssen wir ein starkes Heer
haben. Der Friede der Welt beruht auf den deutschen Waffen.
Abg. **Dr. Wiemer** (fortf.): Unsere Soldaten müssen die besten
Waffen haben. Wir werden für die Vorlage stimmen, jedoch
nicht in Durchführung, sondern nach eingehender Prüfung.
Finanzielle Schwächen werden sich allerdings in den nächsten
Jahren einstellen. Die Wertzuwachssteuer wird nicht viel ein-
bringen. Eine Verminderung der Sozialsteuer ist dringend
notwendig. Unsere Ämtungen gefährden unseren wirtschaftlichen
Fortbestand. Wir stimmen auch den Resolutionen zu.

Abg. **Gans** (nl.): Wir stimmen der Vorlage zu. Die Bedürfnisfrage
einer Exzellenz von der Art, die wir hier vorliegen, ist
gelöst. Ferner hängt die Bedürfnisfrage von den techni-
schen Fortschritten ab. Die Vorlage steht unter dem Zeichen,
daß sich in der letzten Zeit große Wandlungen der Lage vollzogen
haben. Der Kriegsminister hat durch die Form der Vorlage be-
wiesen, daß ein momentan bestehendes Verbleib nicht vorhanden ist.
Unser Heer kann nur durch die Exzellenz, die wir hier vorliegen,
wird es mit allen Ergründungen der Technik ausstatten. Die
Vorlage muß eine verhältnismäßig bescheidene genannt werden.
Wir erkennen an, daß unser Heer außerordentliches leistet. Es
unterliegt gar keinem Zweifel, daß, wenn wir unser Heer nicht
so stark gemacht hätten, Handel und Wandel nicht einen solchen
Aufschwung hätten nehmen können, und daß diese Ausgaben
außerordentlich nützlich waren. Es ist erfreulich, daß der Vor-
lage mit einer solchen Einmütigkeit seitens der nationalen Par-
teien zugestimmt worden ist. Diese Einmütigkeit wird nicht nur
im Innere, sondern vor allem im Ausland einen Eindruck nicht
verfehlen. (Bravo rechts.)

Abg. **Dr. Richter** (nl.): Die Vorlage wird auch im Ausland
Eindruck machen. Sie hält das richtige Maß ein. Gegenüber den
dunklen Modifikationen der Instanzpartei muß die allgemeine
Beihilfe streng durchgeführt werden. Unsere Reiterei können
wir nicht entbehren. Wir stimmen der vorzüglich gehaltenen Vor-
lage zu. Die Sozialdemokratie ist schuldlos gegenüber unserer
Heer. Sie wollen den Soldaten das Vaterland nur vorkleben.
Das dürfen wir nicht dulden! (Beifall rechts.)

Kriegsminister **v. Gerdingen**: Ich muß hier ausdrücklich
gegenüber manchen Rednern, die auch im deutschen Heere vor-
kommen, erklären: unser Heer ist durch und durch gesund.
(Bravo!) Aber die Aufnahme, die die Vorlage gefunden hat,
kann das deutsche Volk zufrieden sein. Die Parteien sind über-
zeugt, daß ein schlagfertiges Heer notwendig ist. Militär-
vorlagen sind der Wiederholung fähiger Arbeit. Eine Ver-
minderung der Sozialsteuer kann nicht in Frage kommen. Die
Kosten des Heeres sind gewiß recht hoch, jedoch müssen wir ein
starkes Heer haben und sich entwickeln lassen. Der Weg, den
Deutschland geht: den Aufbau des Heeres in Ruhe und Frieden,
ist der richtige. Sind denn nun die Kosten für ein Heer so große
wirklich so groß? Meiner Ansicht nach nicht. Es belaufen sich
in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung auf 1/5 Prozent der
gesamten Ausgaben des Staates, in Frankreich dagegen auf
3/4 Prozent. Die Jahre, die der deutsche Mann in der Arme
zubringt, sind Jahre der Gesundheit. (Sehr richtig!) Wir
bringen schließlich ein Heer ins Vaterland, das gesund und
stark ist und die Spannkraft und Energie. Die großen Fort-
schritte, die Deutschland in den letzten 40 Jahren auf allen Ge-
bietern gemacht hat, verdanken wir nicht nur den Fortschritten
auf dem Gebiete der Technik und Wissenschaft, sondern auch

zum großen Teil der Erziehung zur allgemeinen Beihilfe.
(Bravo rechts.)

Abg. **Koriant** (Konf.): Wir sind gegen die Vorlage. Den
Rund England, Frankreich haben wir nichts zu befürchten.
Wäre also eine neue Vorlage auf das Versicherungsgeschäft
des Kriegsministers laffen wir uns nicht ein.
Abg. **Riebermann** v. **Sonnenberg** (fortf.): Daß die
Reiterausführung nicht vom Ausfall des Wertzuwachses ab-
gehehelt abhängig gemacht werden darf, ist selbstverständlich und
vom Kommissar des Reichsbudgets zugegeben worden. Unser
Ziel bleibt das alte, unsere Arme bei Kräfte nicht nur gleich-
mäßig, sondern überlegen zu machen. Den Abrüstungs-
forderungen trauen wir nicht. Auch Verträge halten nicht stand,
wenn hart im Name stehen die Sagen. (Beifall.)

Abg. **Dr. Heim** (fortf.): Ich trage hier lediglich meine private
Ansicht vor und begründe einige meiner nicht sachmännischen
Aussagen. Was es nicht Grundlos, neue Ausgaben nicht ohne
Deckung zu bewilligen? Hier bietet die Regierungsvorlage
keinerlei Deckung. Sämtlich sollte dies regelmäßig der Fall sein.
Dies liegt es immer: Wir bewilligen, aber nur keine neuen
Steuern.
Die Beratung wird auf Freitag vertagt.
Schluß nach 6 Uhr.

Ausland.

Der französische Kriegsminister Brun.

Der Pariser „Agence Havas“ zufolge ist der französische
Kriegsminister Brun gestern plötzlich gestorben.
Kriegsminister Brun litt seit etwa vierzehn Tagen an
einer leichten Grippe und einer beginnenden Abent-
zung und hätte infolgedessen das Zimmer. Am
Donnerstag vormittag empfing er den Ratsmitglied General
Ebener und unterzeichnete dringende Sachen. Als er dann,
auf das Frühstück wartend, im Zimmer auf und ab ging,
brach er plötzlich zusammen. General Ebener war kaum in
das Ratsmitglied zurückgeführt, als ihm gemeldet wurde, der Mi-
nister befände sich schlecht. Ebener eilte zum Minister zurück,
der inzwischen die Bestimmung wiederlangt hatte und den
Ratsmitglied und den ebenfalls herbeigekommenen Dr. von
berühmte. Als Ebener sich wieder entfernte, fiel der
Minister abermals zu Boden und verschied. Der Tod war,
wie der herbeigerufene Arzt feststellte, an Arteriosklo-
rose eingetreten.
In der französischen Deputiertenkammer machte in der
gezügten Nachmittagssitzung der Präsident von dem Hin-
scheiden des Kriegsministers Mitteilung und widmete ihm
einen tiefempfundenen Nachruf. Dann schlug er vor, die
Kammer möge sich Zeichen der Trauer die Sitzung aussetzen.
Ministerpräsident Briand erklärte, seine Bewegung sei zu groß,
als daß er sagen könnte, wem der Verlust Bruns Tod für
das Heer, Frankreich und sich selbst bedeute, er könne sich nur
den Worten Briands anschließen. Darauf wurde die Sitzung
geschlossen.

Aus der französischen Marineverwaltung. In der
französischen Deputiertenkammer erklärte der Abgeordnete
Goube gestern, es scheine, daß die Modelle der Panzerfahr-
zeugen von Hart und Courbet, die für zukünftige Bauten hätten
verwendet werden können, verloren gegangen seien. Diese Modelle
seien eine Willkür (Bewegung). Der Marineminister
Boue de Laperoye vertrug den Tabellat selbstständig und der
Kammer sollte mitteilen. Goube tabelte selbst in
scharfer Weise gegen die Verantwortlichen unterommenen
Kommande. Die Industrie verlor es. Es liegt zu bringen, um
sich gewisse Beamte genötigt zu machen. So habe man ge-
sehen, daß die Lieferungspreise von den Marineministern
geschätzt worden seien. (Lärm.) Der Marineminister protestierte
gegen diese Anschuldigung.

Ausland und China. Die Antwort Chinas auf die
russische Note ist in Petersburg veröffentlicht worden.

Türkische Finanzfragen. Die türkische Kammer be-
gann am Mittwoch die Beratung des Budgets, das neben
den außerordentlichen Krediten ein Defizit von
8.951.147 Pfund anzeigt. Der Finanzminister gab ein-
gehend eine Darstellung der Finanzgebarung der Türkei
und wies die falschen Vorstellungen zurück, daß die
türkische Regierung feindliche Absichten gegen fremde
Finanzinstitute hege. Er rechtfertigte das Vorliegen bei der
letzten Anleihe und legte die Vorteile der mit der
deutschen Gruppe abgeschlossenen Anleihe dar. Dann
wies der Minister die Behauptung zurück, daß der türkische
Schah durch das mit der Anleihe verbundene Vorzugs-
geschäft um mehrere hunderttausend Pfund geschädigt
werde, und wandte sich gegen die Behauptung, daß die An-
leihefrage einen schädlichen Einfluß auf die Beziehungen zu
Frankreich ausüben werde. Schließlich wies der Redner
auf die guten Beziehungen zu dem Otkonstant und die
steigenden Eisenbahn- und Zollmaßnahmen hin.

An der türkisch-griechischen Grenze. Türkische Soldaten,
die eine Herde verfolgten, überschritten die griechische Grenze.
Die Aufforderung der Grenzwehr, das griechische Gebiet zu
verlassen, beantworteten sie mit Flintenschüssen. In
dem folgenden Streit wurden zwei türkische Soldaten getötet
und ein Griechischer verwundet.

Der türkisch-bulgarische Handelsvertrag. Die bulgarische
Satzung nahm den provisorischen Handelsvertrag mit der Türkei
und die Konsularabkommen mit Italien einstimmig an.

Die Lage im Yemen. Wie ein im türkischen Ministerium
des Innern aus Sokoba eingegangenes Telegramm berichtet,
griffen die türkischen El-Kamano und zwei andere Parteien in
Sofa Chal an, wurden aber unter großen Verlusten
zurückgeschlagen. — Ein späteres Telegramm aus Konstantinopel
besagt: Die Krippenbesitzer nach dem Yemen waren fort.
Nach einem Telegramm aus dem Kriegsministerium schnitten die
Reitellen das Unterfeld bei Scheich-Said ab.

England und die Türkei. Wie das Ministerium Bureau er-
zählt, sind die zwischen England und der Türkei stehenden
Unterhandlungen noch nicht weiter gekommen, als daß die türkische
Regierung ihre Absicht zu verstehen gegeben hat, gewisse Vor-
schläge zu machen, und daß die englische Regierung ihre Bereit-
willigkeit ausgedrückt hat, diese Vorschläge in Erwägung zu
ziehen.

Die Eisenbahntarife in der Anien. Nach einer Meldung
aus Washington hat die Interstate Commerce Commission ihre
Entscheidung in der Pradattarifenangelegenheit abgegeben. Es
lautet dahin, daß sowohl die Atlanticen, wiewohl die e-st-
lichen zu einer Erhöhung der Tarife berechtigt seien.
Die Kommission sprach ihre Billigung über die vor-
geschlagenen Erhöhungen aus, und hat die Eisenbahnen ange-
wiesen, bis zum 10. März die Erhöhungen zurückzugehen und
die alten in Kraft zu lassen.

Japan und Kalifornien. Der Senat von Kalifornien nahm
einstimmig eine Resolution an, in der der Senat ersucht wird, den
Vertrag mit Japan abzulehnen.

Missionshonferenz in der Provinz Sachsen.

V. (Schlußbericht).

Salle a. S., 22. Februar 1911.

In der öffentlichen Abendversammlung, über deren ersten
Bericht wir schon in Nr. 93 der „Allg. Ztg.“ berichtet haben, hielt
der zweite Vortrag Missionshonferenzpräsident **St. Graf** von der
Norddeutschen Mission über „Sonntag und die Zeit“, in der
der Redner war vom November 1895 bis Februar 1910 Brauns zur
Mission. Er schilderte seine Sendung in Lona, wo ihm täglich
Bretter oder Krummholz, der Regierung, der Gabel, der evangelischen
und katholischen Mission entgegengetragen. Mit der Bahn und auf
Wegen, die für Wagenreise breit genug sind, geht im Land
hinzu. Einkünfte und Gehalt werden bald der Vergütung
angehören. Früher waren die Missionäre die einzigen Europäer,
jetzt sind sie schlichte, freundliche Wesen, ihrer denen keine Be-
drückung und keine lockenden Mittel der katholischen
Mission fehlen. Und doch ist die unheimliche und scheinbar un-
begehrte Arbeit Mission die christliche Mission. Auch im
niedrigen des besonders an der Station So nach, deren 50jähriges
Jubiläum in Anwesenheit des Gouverneurs begangen wurde.
Früher gab dort ein fürchtbares Sterben der Missionäre, jetzt
haben doch einige Männer 20 und 30 Jahre der Arbeit hinter
sich. Auf der schmucken Station erinnert nichts mehr an die
Katholiken und an frühere Missionäre. Die Arbeit
mies dies besonders an der Station So nach, deren 50jähriges
Jubiläum in Anwesenheit des Gouverneurs begangen wurde.
Früher gab dort ein fürchtbares Sterben der Missionäre, jetzt
haben doch einige Männer 20 und 30 Jahre der Arbeit hinter
sich. Auf der schmucken Station erinnert nichts mehr an die
Katholiken und an frühere Missionäre. Die Arbeit

Das Schlußwort sprach **General v. Döllner**. Er
gab einen Überblick auf die diesmalige Tagung und äuserte diese
an den Lobgefang am Schluß des Vaterunsers an: Dem ist das
Reich und die Kraft! Wir haben gehört, die religiöse Wüste der
Seminaristen sei die Voraussetzung der Missionstätigkeit. In ver-
schärfter Weise hielt unsere Bundeskirche. Der Gegenstand sei der
Protestantismus, der „vom Evangelium frei und der Kultur
lebt“ und dem Protestantismus, der im Evangelium gebunden
ist und seine Kraft sucht, erschüttert uns gewaltig. Wir leben
erst in den Anfängen und werden noch viel tiefer hinein müssen.
Da ist es unser Trost: Dem ist die Kraft! Früher unterließ
man christliche und nichtchristliche Völker, der Unterschied wird
nicht mehr sehr lange dauern, die Einflüsse strömen heraus und
hinein, der Buddhismus hat in Europa hundertenfalls Anhänger
und gewaltige Propheten. Es haben sich neue Zeiten an. Der
Schmerz hat seine Wege gefunden, und wenn sie eintreten,
dürfen wir nicht weinen. Dem ist die Kraft! Früher unterließ
es bedeutet, den Seiten das Evangelium zu bringen, wie kein
in die wunderbare Gnade unseres Gottes, die so reich und groß
ist. Ne mehr wir uns klein fühlen vor unserer Aufgabe, desto
fröhlicher wird es uns, daß alle Völkern und Unterwerfung
Weg ist für jene Gnade und Absicht. Die Anrede selbst
mit Gedacht, die nur ein wenig an die ursprüngliche Sammlung, die
im vorigen Jahre 2085 Mk. ergaben hat, wurde diesmal ein
Gewicht erbeten, und zwar wurden 1000 Mk. für die Geh-
richtige Mission bestimmt, die dringend einer Erweiterung ihrer
Schultheissen bedarf, und den Gehern überlassen, dafür zu sorgen,
daß die Missionäre der Berliner Mission bestimmte andere Teil der
Sammlung nicht geringer ausfallen.

Am Mittwoch, den 22. Februar, kamen nachmittags 4 Uhr
gleichzeitig in der Glauchaer, Markt-, Ulrichs- und Pauls-
kirche

Missionstagesgedächtnis

hofft. Die Missionare **Raus** und **Hoffmann** und die
Missionshonferenzpräsident **St. Graf** und **Zittelbach** erzählten der
Tagung von dem großen Werken Gottes unter den Heiden und
regten den Liebeseifer dazu neu an.
Anerkannt es an diesem Tage noch vielele Beratungen
und Verhandlungen, die nicht am dem Programm für die
Gesellschaft standen, z. B. vernommen sich die amenden
Missionäre in der Vereinsloge, um nach einem Berichte des
Herrn **Prof. D. Richter** über religionswissenschaftliche
Studien zu beraten.

Am Abend wurde in der Universität die allgemeine

Religiöse Missionenversammlung

abgehalten. Nachdem **Prof. S. Richter** das Gedächtnis des
heimgegangenen Begründers der Missionswissenschaft auf hier
erneuert, sprach Missionshonferenzpräsident **Zittelbach** aus Bethel bei
Missionären über hochwichtige Missionenangelegenheiten, die
durch die Missionshonferenz in der Provinz Sachsen, in der
Provinz Ostpreußen, wo seine Gesellschaft bereits vier Stationen gegründet
hat und nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Vorkameral-
stellen (Schlesien-Sachsen). Missionsgesellschaft neben ihr in Urundi ein-
getreten bereit sind. Wieder aus der Missionstätigkeit unter nicht-
christlichen Völkern und auch unter christlichen Völkern, die
Bibel, der eben erst in der Bewegung begriffen Bedacht
„Dasler Missionmagazin“. Er sprach zum Berge gelobte
Worte, die gewiß nicht vergesslich bleiben werden.
Mit dieser Abendversammlung schloffen die Tage der dies-
jährigen, wieder reich gesegneten Missionshonferenz.

Das Maß und Fern.

Das alte „ausländische Kriegsschiff „Albatros“, das sich auf der
Fahrt nach Holland befindet, des französischen Schiffs
Schleppdamper lösgelassen hatte und als eine große Gefahr für
die Schifffahrt angesehen wurde, ist gestern auf dem See bei
Silly in Inseln entsetzt worden. Das Kriegsschiff kam später
den See bei 10 und treibt drei Meilen östlich der Insel.
Schiffbrüche? Bei zwei am 22. rr. verfahrenen Schiffen
des 28. April-Kriegsministeriums in der Provinz Sachsen die Dia-
gnose auf Schiffbrüche. Schiffbrüche, die man zuerst be-
sorgte, ist nicht sicher festgesetzt, doch ist die Kaserne unter
Wobachtung aller sonstigen Vorkehrungsregeln abgebrannt.

Die Diebe von der Bräuerer Weltausstellung. Die Unter-
suchung des Altmärker Landgerichts hat die Menge von
36.000 Mk. und von Uffern auf der deutschen Abteilung der
Bräuerer Weltausstellung in Altona verhaftet worden waren, zu
einem Jahr sechs Monaten bzw. zwei Jahren sechs Monaten
Zuchthaus verurteilt.
Zwei Arbeiterhändler, die mit anderen Strafgefangenen in Altona
in der Provinz Sachsen waren, sollten auch die Verurteilung der Arbeit
unter Aufsicht nach Altona verurteilt werden. Möglich
enthalten sich beide Arbeiter ihren Sünden, rannten aus dem National-
brange in ein Restaurant und verlangten unter Drohungen Bier.
Erst mit Hilfe von sechs Gendarmen gelang es, sie zu fesseln.

